

#DemokratiInGefahr – Positionspapier von Violence Prevention Network zum Umgang mit einem erstarkenden Rechtsextremismus in Deutschland

Violence Prevention Network betrachtet mit großer Sorge, dass rechtsextreme Kräfte seit Jahren zunehmend mehr staatlichen und politischen Einfluss nehmen. Diese Entwicklung gefährdet die Demokratie und erfordert politisches und gesellschaftliches Handeln.

Rechtsextreme Organisationen und Akteure vergiften mit ihren rassistischen, antisemitischen und antidemokratischen Narrativen die politische und gesellschaftliche Stimmung in diesem Land. Dies führt zu Ängsten und Verunsicherung bei vielen Menschen, insbesondere bei denen, die Ausgrenzung und Stigmatisierung fürchten müssen. Die Demokratie muss sich als wehrhaft erweisen, wenn extremistische Organisationen und Akteure die Beseitigung des demokratischen Rechtsstaates zum Ziel haben. Auf dieser Wehrhaftigkeit basiert das Grundvertrauen der Menschen in die staatlichen Institutionen als Repräsentanten der Demokratie.

Aufgrund der zugespitzten Gefahr für unsere Demokratie, unter anderem angesichts der offen gelegten Pläne rechtsextremer Akteure zu einer sogenannten „Remigration“, halten wir es für zwingend notwendig, ein Verbotsverfahren gegen verfassungsfeindliche Akteure und Parteien einzuleiten, damit Menschenrechte sowie die Grundprinzipien unserer Verfassung unangetastet bleiben.

Wir fordern:

Die sofortige Einleitung eines Prüfverfahrens, ob die *Alternative für Deutschland* (AfD) nach Artikel 21 Absatz 2 Satz 1 Grundgesetz als verfassungswidrig einzustufen ist und im Falle einer solchen Einstufung die Einleitung eines Verbotsantrages durch Bundestag, Bundesrat oder die Bundesregierung

Die sofortige Einleitung eines Prüfverfahrens, ob die *Junge Alternative* (JA) als verfassungswidrig einzustufen ist und im Falle einer solchen Einstufung ein Verbot der Jungen Alternative (JA) nach Artikel 9 Absatz 2 Grundgesetz

Darüber hinaus fordern wir:

Die zügige Verabschiedung des Demokratiefördergesetzes, um Maßnahmen der Demokratieförderung und Extremismusprävention dauerhaft und unabhängig von politischen Mehrheiten zu implementieren

Den Ausbau und die Verstetigung der kooperativen Umsetzung von rechtsstaatlichen Maßnahmen im Sinne der Justiz und zugleich Maßnahmen der Prävention im Bereich der Extremismusbekämpfung - im Besonderen im Umgang mit Personen ohne intrinsische Ausstiegsmotivation im Kontext Rechtsextremismus

Violence Prevention Network versteht sich als eine Wertegemeinschaft. Die Grundprinzipien der Demokratie und die Unantastbarkeit der Menschenwürde sind für uns als zivilgesellschaftlicher Träger zentrale Anliegen. Wir werden daher keine Projekte durchführen, die eine inhaltliche oder finanzielle Abstimmung mit Vertreter*innen einer Partei erfordern, die antidemokratische Absichten verfolgt. Wir werden uns weiterhin für die Demokratie als Gesellschaftsform engagieren und gesellschaftliche sowie politische Aktivitäten für die Sicherung der Demokratie unterstützen.

Über Violence Prevention Network

Violence Prevention Network gGmbH ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die seit zwei Jahrzehnten mit Erfolg in der Extremismusprävention sowie der Deradikalisierung und Distanzierungsbegleitung tätig ist. Durch die Arbeit mit rechtsextremistisch und islamistisch gefährdeten sowie radikalisierten Menschen hat sich das Team von Violence Prevention Network über die Jahre eine international anerkannte Expertise im Bereich der Arbeit mit ideologisch motivierten Straftäter*innen erworben.

Das Ziel von Violence Prevention Network ist es, dass ideologisch gefährdete Menschen und extremistisch motivierte Gewalttäter*innen durch Deradikalisierungsarbeit ihr Verhalten ändern, ein eigenverantwortliches Leben führen und (wieder) Teil des demokratischen Gemeinwesens werden, um so Extremismus jeder Art vorzubeugen. Die gemeinnützige Organisation, mit Hauptsitz in Berlin, stellt Instrumente und Ressourcen zur Verfügung, damit radikalisierte Menschen ihre bisherigen Verhaltensmuster reflektieren und überwinden können. Sie sollen befähigt werden, ein Leben zu führen, in dessen Verlauf sie weder sich selbst noch andere schädigen. Zudem werden Angehörige und Fachkräfte im konstruktiven, präventionsfördernden Umgang mit radikalisierten Personen unterstützt und fortgebildet.